

© BMK/Cajetan Perwein

Präsentation des Plans
Umweltministerin Leonore Gewessler mit Christian Abl, Geschäftsführer der ÖPG Pfandsystemgesellschaft, und Walter Hauer, Experte des Technischen Büros.

Kontroverse um das Einwegpfand

Die Diskussion um die Einführung eines Einwegpfands erhitzt die Gemüter, die Fronten verhärten sich.

••• *Von Paul Hafner*

WIEN. „Völlig unangebracht" sei die „Blockadehaltung der Wirtschaftsverbände", verlautbarte die Umweltschutzorganisation WWF kürzlich in einer Aussendung, bezugnehmend auf das heiße Eisen Einwegpfand. „Unsaubere Argumente und praxisferne Vorschläge" seitens der Befürworter ortet wiederum WKÖ-Handelsobmann Rainer Trefelik.

Die Präsentation eines Drei-Punkte-Plans gegen Plastikmüll durch Umweltministerin Leonore Gewessler in der Vorwoche hat den Handel auf den Plan gerufen. Spätestens im Frühsommer hatte sich abgezeichnet, dass die Zeichen auf eine Einführung des ungeliebten Pfands auf Einwegplastikflaschen stehen könnten. Während die Befürworter darin einen wichtigen Beitrag zum Umweltschutz sehen, sehen die Gegner eine Überbelastung vor allem kleiner Händler, die zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt im Raum steht. WKÖ und Handelsverband etwa plädieren alternativ für einen konsumentenfreundlichen Zehn-Punkte-Plan, der Kosten sparen und Betriebe schonen soll.

Meilenstein oder Schikane?
Gewesslers Plan sieht neben dem Pfand auf Einwegflaschen eine Abgabe für Erstellung und Import von Kunststoffen und eine Quote für Mehrwegflaschen im Handel vor. Von der ÖPG Pfandsystemgesellschaft und Umweltschutzorganisationen wie Global2000 und WWF wird er begrüßt.

Letztere etwa verweisen auf eine große Zustimmung in der Bevölkerung. Das Hauptargument der Befürworter stellt die EU-Sammelquote dar, deren Nichteinhalten Strafzahlungen verursacht und deren Erfüllen mit Mehrwegquote und Pfand effizient ermöglicht werden könne.

Gegner wie Handelsverband und Wirtschaftskammer sehen dagegen eine unsinnige Belastung für Konsumenten und Betriebe. Die Kosten-Nutzen-Rechnung würde nicht aufgehen, so Trefelik, der von „enormen Belastungen für den Handel" spricht, die „wirtschaftlich und organisatorisch nicht tragbar" wären und die Existenz kleinerer Händler gefährden würde.

Zehn-Punkte-Plan
Das Alternativmodell von WKÖ und Handelsverband richtet den Fokus auf Alltagstauglichkeit und Ausbau sowie Optimierung bestehender Systeme. Angedacht ist u.a. eine Vereinheitlichung der Sammelsysteme in den Bundesländern, eigene Behältnisse für Wertstoffe auf Spielplätzen, Wander- und Radwegen statt nur einem Restmüllcontainer sowie „smarte" Sammelbehälter.

Wesentlicher Eckpunkt neben der besseren Erfassung von Freizeitkonsum, Gewerbeabfall und öffentlicher Gebäude ist eine nachhaltige Bewusstseinsschärfung der Konsumenten.



© WKÖ

„Belastung für Betriebe"
WKÖ-Handelsobmann Rainer Trefelik sieht das Einwegpfand als existenzielle Bedrohung für viele regionale Nahversorger und plädiert für Alternativen.